

Diktatur oder Wohlfühlvolksgemeinschaft ?

Welche Unterschiede gibt es zwischen Diktaturen und Volksgemeinschaften? Ist eine Volksgemeinschaft ein Wohlfühlstaat oder eine diktatorische Gewaltherrschaft? Warum wird die Demokratie nach dem Muster der sogenannten „westlichen Wertegemeinschaft“ in heutigen Politikreisen als die einzig richtige propagiert? Welche Lügen über die Zeit vor Mai 1945 werden uns noch immer als Wahrheit dargestellt? **Braucht eine Volksgemeinschaft eine Verfassung?**

Fragen über Fragen, man könnte das noch beliebig lange fortsetzen, da auch die Masse der uns „aufgetischten“ Lügen endlos ist. Aber beschäftigen wir uns mit der Aufklärung, mit der historischen Wahrheit hinter dem Lügenimperium heutiger Politik.

Wenn von einer sogenannten „*nationalsozialistischen Gewaltherrschaft*“ gefaselt wird, dann muss man entgegenhalten, dass die Deutschen, im Gegensatz zu heute, in der Zeit zwischen 1933 und 1945 nicht gezwungen wurden, über ihre eigene Geschichte Lügen herunterzubeten und sich selbst zu verachten. Eine Verfolgung von nicht genehmen Gedanken, wie sie heute stattfindet, gab es in diesem Ausmaß auch nicht.

„Die DDR-Staatssicherheit hatte pro Kopf der zu „betreuenden“ Bevölkerung 20mal mehr Mitarbeiter als die Gestapo in der Nazi-Zeit“, schreibt Wolf Biermann in einem WELT-Artikel vom 3. Juli 2002.

Das muss man sich einmal vorstellen, die DDR beschäftigte 20mal mehr Stasi-Mitarbeiter als die Gestapo in den 1930/40er Jahren Mitarbeiter hatte. Dabei hatte die DDR nur 15 Millionen Menschen zu bespitzeln, während das angeblich so böse Regime der Wohlfühlzeit, der Stimmung von mehr als 80 Millionen Menschen ausgesetzt war. Das heißt, die DDR setzte auf 107 Menschen einen Spitzel an, während im sogenannten „Dritten Reich“ ein Gestapo-Mitarbeiter 11.430 Menschen zu „betreuen“ hatte.

Übrigens hat die Bundesrepublik Deutschland nach der DDR-Übernahme etwa 100.000 Stasi-Spitzel nahtlos in die Dienste ihres Verfassungsschutzes gestellt. Zudem kann das angeblich so freie Bundesmerckland seine politische Existenz nicht ohne Aufruf zur Denunziation sichern. Ein deutliches Merkmal dafür, wie sehr diese angebliche Demokratie von ihren Bürgern geliebt wird. Um keine politisch unkorrekte Meinungen in die Köpfe ihrer Untertanen kommen zu lassen, fordern die Demokraten die Bundesbevölkerung dazu auf, Nachbarn, Freunde, Verwandte usw. zu denunzieren; so sollen Bürger „Rechtsradikale“ sofort bei der Polizei melden!"

Musste der sogenannte Diktator Hitler auch auf Denunziation zurückgreifen, um seine Macht zu erhalten? Reichsminister Wilhelm Frick forderte 1934 in einem Erlass gar eine Eindämmung der des nationalsozialistischen Staates unwürdigen Erscheinung des Denunziantentums. Selbst im Krieg wollten die Nationalsozialisten nichts von Denunziantentum wissen. Reinhard Heydrich verlangte zwei Tage nach Kriegsbeginn in seinen Grundsätzen der inneren Staatssicherung, dass gegen Denunzianten, die aus persönlichen Gründen, ungerechtfertigte oder übertriebene Anzeigen gegen Volksgenossen erstatten, entschieden vorzugehen sei. In böswilligen Fällen auch durch Verbringung in ein Konzentrationslager (da waren also nicht nur Jene).

Während die Staatssicherheit der DDR 1989 mindestens 83.985 hauptamtliche und 176.000 inoffizielle Mitarbeiter (IM's) beschäftigte, waren bei der Geheimen Staatspolizei (Gestapo) 1936 nur rund 7.000 Personen angestellt.

Der in Gutmenschenkreisen sogenannte „mörderische Nationalsozialismus“ unterschied sich von den kommunistischen Mordregimen wie folgt: Die NSDAP kannte parteidisziplinarisch nichts auch nur annähernd den kommunistischen Säuberungen Vergleichbares. Die kommunistischen Sicherheitsdienste suchten sich im Unterschied zur Gestapo ihre Denunzianten selbst aus, und sie verpflichteten sie dauerhaft und über Jahre zu einer konspirativen und inoffiziellen Zusammenarbeit. Auch so ist schwer nicht zu dem Schluss zu kommen, dass das „böse“ Deutschland der Vergangenheit dem heutigen auch moralisch weit überlegen war.

Ein wirklich beispielloser Völkermord war der Genozid am Deutschen Volk mit Millionen grauenhaft ermordeten Deutschen. Der erste Bundeskanzler, Konrad Adenauer, bestätigte in seinen „Erinnerungen“ noch, dass annähernd 8 Millionen Deutsche allein im Zuge der Vertreibungsverbrechen ermordet wurden. Er hielt fest, dass von den 13,5 bis 17 Millionen deutschen Vertriebenen nach 1945 nur 7,3 Millionen in West- und Mitteldeutschland eintrafen, was bedeutet, dass bis zu 10 Millionen Deutsche planmäßig ermordet wurden. Allein auf den Rheinwiesen ließen die alliierten „Befreier“, und das nach der Kapitulation, über zwei Millionen entwaffnete, zum Teil verletzte, deutsche Kriegsgefangene vorsätzlich im Schlamm grauenhaft verrecken.

Schon vor Ausbruch des durch Hochfinanzkreise provozierten Zweiten Weltkrieges wurden Deutsche gemordet. So war es ja nicht das Deutsche Reich, das zur Gewalt griff, sondern die polnische Regierung, die den Krieg mit dem Abschachten deutscher Menschen auf dem von Polen im Ersten Durchgang Weltkrieg völkerrechtswidrig geraubten Gebiet provozierte. Sämtliche Friedensbemühungen der Hitler-Regierung bis Ende August 1939 wurden von Großbritannien sabotiert und von Polen abgelehnt, denn die Hochfinanz wollte den Krieg unter allen Umständen.

Der sogenannte Angriff auf Polen erfolgte, um die Deutschen im besetzten und geraubten Land vor dem Tod zu schützen, nachdem Polen bereits mobil gemacht und in seinen Planungen vom Sommer 1939 die Niederwerfung Deutschlands offen propagiert hatte und somit de facto bereits den Krieg erklärt hatte. Bis nach Berlin sollte der polnische Vorstoß verlaufen. Auf Postkarten (Abbildungen davon liegen der TK-Redaktion vor) der polnischen Volksbüchereien vom Juni 1939 war das zu erobernde deutsche Gebiet schon offiziell dargestellt worden. Eine dicke Linie zeigte die im Größenwahn gewollte „historische Westgrenze Polens“. Das polnische Territorium umfasste auf dieser offiziellen Postkarte die Slowakei, Tschechien, Schlesien, Pommern, Westpreußen und Ostpreußen und grenzte bis an Berlin und Dresden. Vor diesem Hintergrund wurde am 1. September 1939, ganz wie im Wehrmachtsbericht seinerzeit festgestellt, nur zurückgeschossen! Und der zweite Weltkrieg begann mit der Kriegserklärung Englands und Frankreichs gegen das Deutsche Reich am 3. September 1939 und keinen Tag früher!

Das Deutsche Reich wollte und brauchte nie einen Krieg, da das Deutsche Volk vom Frieden profitiert, wie die gesamte Welt. Es sind die Dunkelmächte der Hochfinanzkreise, welche Kriege, brauchen.

„Der 8. Mai war ein Tag der Befreiung. Er hat uns alle befreit von dem menschenverachtenden System der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft. ...“ Derartigen Unsinn versucht man uns heute einzureden. Wie wir hier gerade erfahren haben, gibt es diese Gewaltherrschaft aber erst seit Kriegsende. In dem einen Teil (DDR) durch nie gekannte Bürgerüberwachung, im anderen, heute als einzigem verbliebenem Teil, durch Gesinnungsdiktat und dem Verbot bestimmte historische Behauptungen kritisch zu hinterfragen. Auch der jetzt „vereint“ verbliebene Teil, genannt Bundesrepublik Deutschland, wird seit Mitte der 1990er Jahre verstärkt in einen totaler Überwachungsstaat umgebaut, was durch ehemalige DDR-Politiker, damals noch in zweiter oder dritter Reihe, noch begünstigt wird.

In Wahrheit lebten die Menschen „damals“ in einer Volksgemeinschaft und alle fühlten sich deshalb auch wohl. Politiker hatten damals wieder ein Ansehen im Volk. Von wem sollten die Deutschen also nach dem Krieg befreit worden sein, außer von ihrem Leben, ihrer Gesundheit und von ihrem Hab und Gut? Ein Land, das dem Erdboden gleichgemacht, dessen Bewohner seiner Städte planmäßig durch Holocaust-Bombardements ausgerottet, dessen Kulturgüter vernichtet, seine Bevölkerung vertrieben und vorsätzlich millionenfach abgeschlachtet wurde, konnte nicht „befreit“ worden sein. Überdies wollten und liebten weit über 90 Prozent aller Deutschen Adolf Hitler, sie kämpften für ihn bis zur letzten Patrone und bis zum letzten Atemzug. **„Adolf Hitler wurde geliebt und bewundert von der überwältigenden Mehrheit.“** (Wolf Biermann, Die Welt - 3.7.2002, S. 4)

Somit sei noch die Frage gestattet:

„Wann waren Politiker im Volk so beliebt, dass sie sich getraut haben in offenen Autos durch die Städte zu fahren?“

Das war zu der Zeit als alle Menschen sich im Rahmen einer Volksgemeinschaft in Deutschland wohlgefühlt haben und staatlich inszenierter Terror undenkbar war!

Und warum wurden und werden eigentlich Staatsmänner wie Saddam, Gaddafi und Assad, seinerzeit auch die Führung des Deutschen Reiches, angegriffen und als die Verkörperung des Bösen, ja als der leibhaftige Satan dargestellt und „in die Steinzeit zurück gebombt“? - Nun, die wollten und wollen ihre Länder nicht der „westlichen Demokratie und Wertegemeinschaft“, also dem Rothschildkapital, ausliefern.

Regierungsformen, welche zwischen den Ideen des zerstörerischen zionistischen Globalfeudalismus, einem völlig entarteten Finanzkapitalismus und dem Bolschewismus experimentieren, können nur untergehen. Die einzige Antwort darauf ist eine national, aber dennoch sozialistisch gesinnte Volksgemeinschaft.

Schon in der 1930er Jahren gab diese Regierungsform den Menschen in einer Zeit des Niedergangs und des Elends wieder Hoffnung und Zuversicht.

So wurde schon 1936, nach nur 3 ½ Jahren volksorientierter Reichsführung, zur XI. Olympiade in der Reichshauptstadt Berlin, im

Deutsches Reich ein wirtschaftliches und soziales Aufbauwerk sichtbar geleistet und ein Lebensstandard erreicht, wie sonst nirgendwo auf der Welt. Wo in anderen Ländern noch Inflation, Arbeitslosigkeit und Armut auf der Tagesordnung standen, blühte das Reich bereits sichtbar auf. Kinder wurden nicht wie heute zu einer wirtschaftlichen Bedrohung für die Eltern, sondern Familien wurden gefördert. Deutsche Arbeiter fuhren auf KDF-Schiffen in den Urlaub. Das Reich hatte angefangen die mit Abstand modernste Infrastruktur der Welt (Autobahnen, Telefonnetz usw.) aufzubauen und war auf allen wichtigen Gebieten der Wissenschaft und Technik auf dem Weg eine führende Rolle in der Welt zu übernehmen. So gab es zur Olympiade 1936 weltweit die erste Fernsehübertragung.

Und so waren die Sportler aller Nationen überglücklich, dass sie nach Deutschland durften – es war eine Ehre in diese moderne, großartige Land zu kommen. In ein Land voller glücklicher Menschen.

Kommen wir jetzt zur Frage ob eine Volksgemeinschaft, eine **Wohlfühlvolksgemeinschaft, eine Verfassung** nach dem Muster „demokratischer“, US-kontrollierter Staaten benötigt?

Betrachten wir zunächst einmal was eine Verfassung eigentlich ist. Der Blick in ein gutes Lexikon offenbart: *„Als Verfassung wird das zentrale Rechtsdokument oder der zentrale Rechtsbestand eines Staates, Gliedstaates oder Staatenverbundes bezeichnet. Sie regelt den grundlegenden organisatorischen Staatsaufbau, die territoriale Gliederung des Staates, die Beziehung zu seinen Gliedstaaten und zu anderen Staaten sowie das Verhältnis zu seinen Normunterworfenen und deren wichtigste Rechte und Pflichten. Verfassungen enthalten meist auch Staatsaufgaben- und Staatszielbestimmungen. Die Handlungen der staatlichen Organe sind formal und inhaltlich an die Vorgaben der Verfassung gebunden. Eine Verfassung entspricht so den „Grundsätzen eines republikanischen, demokratischen und sozialen Rechtsstaates.““*

Bereits 1849 hat die Frankfurter Nationalversammlung einen Verfassungsentwurf (Paulskirchenverfassung) für ganz Deutschland vorgelegt. Obwohl dieser Entwurf vom preußischen König und anderen Fürsten nicht angenommen wurde, hatte er Einfluss auf die späteren Diskussionen. Eine überregionale deutsche Verfassung wurde erstmals 1867 in Kraft gesetzt, nämlich die Verfassung für den Norddeutschen Bund. Der Entwurf entstand unter Führung von Otto von Bismarck und wurde von den norddeutschen Einzelstaaten akzeptiert. Dann aber beriet der konstituierende Reichstag darüber, der eigens zu diesem Zweck gewählt worden war. Die so entstandene Verfassung war also keine oktroyierte (allein von Monarchen auferlegte), sondern eine vereinbarte Verfassung. Mit kleineren Veränderungen wurde daraus 1871 die Verfassung des Deutschen Reiches. Die sogenannte Weimarer Verfassung vom 11. August

1919 löste jene Verfassung von 1871 ab und etablierte erstmals die Staatsform der Republik für den Deutschen Gesamtstaat. Sie erhielt auch einen Grundrechtskatalog, während die Regelung der Grundrechte zuvor den Einzelstaaten überlassen worden waren. Die Deutschen durften nun neben dem Reichstag auch das Staatsoberhaupt wählen und über Volksentscheide (die wie heute wieder aber nicht bindend für die Politiker sind) die Politik mitbestimmen. Die Geschichtswissenschaft ist sich uneinig, ob und inwieweit die Verfassung 1933 Mitschuld hatte am Untergang der Republik.

Was wurde aus der „Weimarer Verfassung“ nach 1933 und nach 1945? – Fragt man dazu ein Lexikon wird es schon recht schwammig: *„Offiziell wurde die Weimarer Reichsverfassung nie abgeschafft, aber durch die nationalsozialistische Gesetzgebung und Verfassungswirklichkeit ausgehöhlt. Nach dem Zweiten Weltkrieg entstand das Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland, das mit Ablauf des 23. Mai 1949 in Kraft trat. Aus der Weimarer Verfassung von 1919 wurden Teile in das Grundgesetz übernommen“.*

Was heißt denn „offiziell nie abgeschafft aber ausgehöhlt“? - Nehmen wir die US-diktierten, geschichtsfälschenden Formulierungen einmal heraus und gehen davon aus, dass mit ausgehöhlt eigentlich angepasst und korrigiert gemeint ist, dann macht es plötzlich viel mehr Sinn. In etwa so: Die Verfassung des Deutschen Reiches vom 11. August 1919 ist als Gesamtwerk durch die nationalsozialistische Revolution überflüssig geworden. Nur einzelne Bestimmungen, die mit dem Neuaufbau und der politischen Ordnung vereinbar sind, gelten fort!

Und genau diese Formulierung findet sich auch im Deutschen Sach- und Sprachwörterbuch für Schule und Haus „Der Volks-Brockhaus“ von 1939, das der Redaktion des TK vorliegt. Weiter ist da zu lesen, dass seit 1933 eine neue Verfassung entwickelt wurde, die in einer Reihe grundlegender Verfassungsgesetze ausgeprägt ist und durch eine neue Verfassungsurkunde abgeschlossen werden wird. Dem Deutschen Volk wurde dies in einer Grundsatzrede durch Adolf Hitler **am 30. Januar 1937 kundgegeben**. Kennzeichen dieser Verfassung sollte selbstverständlich der völkische Gedanke mit allen erforderlichen volksführenden und staatsbestimmenden Organisationen sein. Auch die Reichseinheit, in der die Länder keine „Eigenstaatlichkeit“ mehr besitzen, wurde festgelegt. Bestandteil waren somit das Gesetz zur Behebung der Not von Volk und Reich (Ermächtigungsgesetz) vom 24.3.1933, die Gesetze zur Gleichschaltung der Länder mit dem Reich vom 31.3. u. 7.4.1933, das Gesetz über Volkabstimmungen vom 14.7.1933, das Gesetz gegen die Neubildung von Parteien vom 14.7.1933, das Gesetz zur Sicherung der Einheit von Partei und Staat vom 1.12.1933, das Gesetz über den Neuaufbau des Reiches vom 30.1.1934, das Gesetz über das

Staatsoberhaupt vom 1.8.1934, das Reichsstatthaltergesetz vom 30.1.1935, die Deutsche Gemeindeordnung vom 30.1.1935, das Gesetz für den Aufbau der Wehrmacht vom 16.3.1935, das Gesetz über die Wiedervereinigung Österreichs mit dem Deutschen Reich vom 13.3.1938 und das Gesetz über die Wiedervereinigung der Sudetendeutschen Gebiete mit dem Deutschen Reich vom 21.11.1938. Weiterhin waren die Standorte und die Geschäftsbereiche der einzelnen Ministerien und die Namen der verantwortlichen Minister gelistet.

Zusammenfassend war alles enthalten, was den „Wohlfühl-Ablauf“ in einer Volksgemeinschaft garantiert. Braucht man da eine andere Regel, eine neue Verfassung nach US-demokratischen Muster?

„Ja aber das Gesetz gegen die Neubildung von Parteien vom 14.7.1933 war doch ein diktatorischer Akt“, höre ich jetzt kritische Stimmen rufen. Bedenken sie aber liebe Zweifler, dieses Gesetz garantierte den Einparteienstaat und beendete in Deutschland die „parlamentarische Demokratie“, die schon damals ein Konstrukt der Alliierten und ihrer Hintergrunddrahtzieher war und ja bekanntlich in Inflation, Massenarbeitslosigkeit, Hunger und Not endete. Der Einparteienstaat war notwendig, um den zersetzenden Kräften der Hochfinanzkreise einen Gegenpol mit alleiniger Entscheidungsbefugnis gegenüber zu stellen. Es ging damals wie heute gegen die diabolischen Pläne der kleinen, internationalen, verbrecherischen Clique mit Weltherrschaftswünschen zu agieren.

Auch im Knaurs Konversations-Lexikon A-Z von 1936 wird ähnlich argumentiert. Dort heißt es: „Die Reichsverfassung von 1919, ... ist in wesentlichen Teilen durch die Gesetzgebung der Nationalsozialistischen Revolution gegenstandslos geworden. Weitere Neugestaltung ist im Gange.“

Und außerdem gilt: „Das Gewissen einer moralischen Persönlichkeit ist ein weit größerer Schutz gegen den Missbrauch eines Amtes als die Aufsicht des Parlaments oder die Gewaltenteilung.“ (RH)

Festzustellen ist somit, dass eigentlich jede Diskussion um eine gültige oder wiederherzustellende Verfassung für die künftige Volksgemeinschaft überflüssig ist. Es ist alles vorhanden! Oder?

Dennoch ist dieser Tage an politischen Stammtischen immer wieder die Forderung nach einer Verfassung zu hören. Einige Volksgenossen wollen eine völlig neue, andere fordern die Wiederherstellung der Verfassung von 1919 und wieder andere wollen die von 1871 oder gar den Entwurf von 1849 wieder aufgreifen. Nun nahezu 170 Jahre alte Entwürfe sind wohl nicht der Rede wert und das Kaiserreich ist letztlich auch gescheitert und niemand möchte hoffentlich ernsthaft diese Verhältnisse zurückhaben.

Einen Bismarck werden wir so schnell nicht wiederfinden, denn nach ihm ging es damals mit dem Kaiserreich nur noch bergab. Woran auch schon damals die Hochfinanzkreise die Schuld tragen.

Woher also der Wille in nationaldenkenden Kreisen eine Verfassung oder gar das Kaiserreich wiederherstellen zu müssen?

Derzeit sind die Hochfinanzkreise zerstritten, was auch die Berichte zur diesjährigen Bilderbergerkonferenz und ähnlicher Veranstaltungen bestätigen. Man ging dort ohne Beschlüsse auseinander. Einige der geladenen „Gäste“ aus bundesdeutscher Politik verweigerten gar ihr Kommen. Derartiges hat es niemals zuvor dort gegeben. Einige der Drahtzieher aus der bekannten, kleinen, international tätigen, verbrecherischen Clique mit Weltherrschaftswünschen wollen versuchen ihre gescheiterten Pläne weiterhin umzusetzen, während andere aus diesen Kreisen alles was seit 1918 passiert ist rückgängig machen wollen, da dies erst zum Scheitern ihrer Weltherrschaftspläne führte. Diese Gruppe will in Europa wieder die Monarchien installieren und für Deutschland einen von ihnen kontrollierten Kaiser einsetzen. Ganz so wie es damals ja schon war.

Und diese Kreise senden ihre Agenten an unsere politischen Stammtische um dort ein Gefasel von Verfassungen 1871 oder gar 1849 anzustoßen. Es gilt also einmal mehr: „Die Agenten sind unter uns!“ Nicht nur die Systemagenten, auch direkt die der kleinen, seit Jahrhunderten international tätigen, verbrecherischen Clique mit Weltherrschaftswünschen.

Aber wir, die tatsächlich Aufgeklärten, haben beide Agenten-Gruppen längst durchschaut und schmunzeln beim Thema Verfassung künftig wissend in uns hinein und zeigen den Hochfinanzkreisen so „die lange Nase“.

Vorrangig ist es von uns völkisch, national Denkenden noch immer die Aufgabe durch Aufklärung aus dem vorhandenen Volk wieder ein intelligentes Deutsches Volk zu machen! Unser Deutsches Volk wird niemals untergehen und das „Heilige Deutschland“ wird noch in Tausenden von Jahren dastehen, wenn diese kleine Clique heute noch international tätiger Unterdrücker aus Hochfinanzkreisen längst für immer vergessen ist und die Geschichtsbücher ihre Welteroberungsversuche belächeln werden! Sie können uns unterdrücken, sie können uns meinetwegen schlagen oder gar töten, aber aufgeben, also kapitulieren werden wir nicht.

Durch Genialität und Größe der damaligen Reichsführung wurden bereits damals alle möglichen Maßnahmen ergriffen und Vorbereitungen getroffen, damit das große Weltenringen JETZT zu seinem Ende kommen kann. Am

Ende kann es nur einen „wahren“ Sieger geben und die Kräfte des Lichts werden die Dunklen, die tatsächlichen Teufel, verbannen! Und wenn Jene aus dieser kleinen Clique eine NWO (Neue Weltordnung) wollen, dann antworten wir mit einer NNWO, einer „Neuen nationalen Weltordnung“!

So ist abschließend festzustellen, dass sich die Auseinandersetzung mit dem Thema Verfassung durchaus lohnt. Ein Einsatz für Volk und Land lohnt sich immer. Aber grundsätzlich bedarf es keiner neuen von Grund auf neu erdachten Verfassung im herkömmlichen Sinne, wenn man die schon von den Ahnen erarbeiteten Grundsätze befolgt!

Merken wir uns nur noch ein Datum zu diesem Thema, den 30. Januar 1937!

Auf in die neue Volksgemeinschaft, Freiheit und Friede dem Reich und allen Menschen auf unserem Planeten Terra!

Ergänzend zum Thema seien auch nachstehende Aufsätze dringend empfohlen:

<http://www.terranner.de/Politik/Wahrheit.htm>

<http://www.terra-kurier.de/Befreiung.htm>

<http://www.terra-kurier.de/WahrheitVuR.htm>

http://www.terra-kurier.de/Wahrheit_f_Politversager.htm

<http://www.terra-kurier.de/Olympia1936.htm>

<http://terra-kurier.de/Ahnengedenken.htm>

Achim Kurth - Terra-Kurier / 20.08.2016

Reichsverfassung als Vorbild?

Schon 2013 äußerte sich der japanische Vize-Premier und Finanzminister Taro Aso dahingehend, dass „die Taktik der Nationalsozialisten im Deutschen Reich bei der Änderung der Reichsverfassung durchaus als Vorbild taugt.“

Eine Erkenntnis, die man bei der Entwicklung des bundesdeutschen Grundgesetzes zur Grundlage hätte machen müssen. Aber 1949 wurde „unser“ Grundgesetz ja von den Alliierten im Auftrag der kleinen Verbrecherclique aus Hochfinanzkreisen diktiert.

Mehr zu dem, was Aso meinte liest man hier im Artikel weiter oben.

In diesem Zusammenhang ist daraufhin zuweisen, dass die Wiedergeburt der Deutschen Nation nicht dadurch in die Wege wird, wenn man als Staatsführung unverantwortlichen Majoritäten unter dem Einfluss bestimmter Parteidogmen folgt, sondern nur durch den Einsatz national gesinnter Führungspersönlichkeiten, wie man sie in bundesdeutscher Politik nicht findet!

Auch gilt der Hinweis beachtet, dass Staatsbürger nur sein kann, wer Volksgenosse ist. Volksgenosse kann nur sein, wer Deutschen Blutes ist. So gehört auch Deutschösterreich zum Deutschen Mutterland. Und zwar nicht aus Gründen irgendwelcher, wirtschaftlichen Erwägungen heraus,

sondern weil gleiches Blut in ein gemeinsames Reich gehört! Genauso gilt die Verpflichtung, sich überhaupt wieder einmal mit den Rassegesetzen und deren peinlicher Einhaltung auseinander zusetzen.

„Die Bedeutung des Blutwertes eines Volkes wird allerdings erst dann restlos wirksam, wenn dieser Wert von einem Volk erkannt, gebührend geschätzt und gewürdigt wird. Völker, die diesen Wert nicht begreifen oder mangels eines natürlichen Instinktes ihn nicht empfinden, beginnen ihn damit zu verlieren. Blutsvermischung und Rassensenkung sind die Folgen, die allerdings am Beginn nicht selten eingeleitet werden durch sogenannte Ausländerei; in Wirklichkeit also ein Minderschätzen eigener kultureller Werte gegenüber denen fremder Völker.

Sowie ein Volk die Majorität zum Regenten seines Lebens einsetzt, also die Demokratie heutiger westlicher Auffassung einführt, wird es der Bedeutung des Persönlichkeitsgedankens nicht nur Abbruch tun, sondern der Wirksamkeit der Persönlichkeitswerte einen Riegel vorschieben. Es verhindert durch eine formale Konstruktion seines Lebens die Entstehung und die Arbeit einzelner schöpferischer Personen. Denn dies ist der doppelte Fluch des heute herrschenden demokratisch-parlamentarischen Systems: Es ist nicht nur selbst unfähig, wirklich schöpferische Leistungen zu vollbringen, sondern es verhindert auch das Emporkommen und damit die Arbeit solcher Männer, die über das Niveau des Durchschnitts irgendwie bedrohlich hinausragen. Denn der Majorität schien zu allen Zeiten am bedrohlichsten der Mensch, dessen Größe über dem Durchschnittsmaß der allgemeinen Dummheit, Unzugänglichkeit, Feigheit, aber auch Überheblichkeit liegt.“

So beruht die von bestimmten Kreisen angestrebte Globalisierung „zunächst schon auf dem fundamentalen Grundirrtum, dass man Menschenwerte durch Menschenzahl ersetzen könnte. Es ist dies eine rein mechanische Geschichtsauffassung, die der Erforschung aller gestaltenden Kräfte des Lebens weit aus dem Wege geht, um stattdessen in ziffernmäßigen Majoritäten sowohl die schöpferischen Quellen der menschlichen Kultur als auch die Geschichte bildenden Faktoren zu sehen. Diese Auffassung entspricht der Sinnlosigkeit unserer westlichen Demokratie ebenso sehr wie im dem feigen Pazifismus unserer Wirtschaftskreise. Dass sie das Ideal aller minderwertigen oder halbrassischen Bastarde ist, liegt auf der Hand. Ebenso, dass bestimmte Minderheiten eine solche Auffassung besonders begrüßen, führte sie doch in ihrer konsequenten Befolgung zu einem Rassenchaos und Durcheinander, zu einer Bastardierung der Kulturmenschheit und endlich damit zu einer solchen Senkung des rassistischen Wertes.“

Auch eine „Neutralität, die man heute als einzig mögliche Haltung unserem Volk anpreist, ist tatsächlich nichts anderes als die willenlose Ergebung in ein durch fremde Gewalten bestimmtes Schicksal. Hätte demgegenüber unser Volk selbst verfehlte Versuche zur Freiheit unternommen, so würde schon in der Bekundung dieser Gesinnung ein Faktor liegen, der der Lebenskraft unseres Volkes zu Gute käme.“

Bei eingehender Betrachtung der beiden bisher missverständlich aufgefassten und daher trennenden Begriffen „Nationalismus“ und „Sozialismus“ ergibt sich ein neuer, mit dem festgestellt wird, dass höchster Nationalismus wesensgleich ist mit höchster Volkssorge und höchster Sozialismus gleich ist mit höchster Volks- und

Vaterlandsliebe und mithin beides die verantwortliche Erfüllung ein und derselben völkischen Pflicht darstellt. Man muss dies nur begreifen wollen.

Diese Idee und die daraus entstandene Bewegung wurde bereits im Jahre 1919 gegründet. Sie entstand damals aus dem Nichts heraus. Sie wurde erst verlacht, nicht ernst genommen, es wurde versucht sie durch Kriege zu zerstören und dennoch ist sie noch heute da.

Warum? – Weil nur dieser Gedanke der einzige ist, der dauerhaft zu Wohlstand, Frieden, Freiheit und Gerechtigkeit für alle auf unserem wundervollen Planeten Terra führen kann.

Terra-Kurier / 09.09.2017

Dummheit oder Agententätigkeit?

Besucht man dieser Tage regelmäßig einen politischen Stammtisch nationalgesinnter Menschen, braucht man im allgemeinen nicht lange zu warten und einer aus der Runde labert plötzlich wieder davon, dass die Bundesrepublik Deutschland eine GmbH sei und alle Bundesbürger deren Personal seien. Dies begründen diese ganz speziellen Redner damit, dass wir ja alle einen Personalausweis haben. Ganz Verzückte kommen auch gern mal mit der Behauptung wir alle wären „juristische Personen“ oder gar staatenlos. Wieder andere stellen die sinnlose Frage nach dem Aussehen einer Flagge für ein mögliches, künftiges Reich und eine weitere Gruppe brüstet sich gern mit Taten, die von ihnen gegen Systembeamte gerichtet wurden.

Wie auch immer diese weiblichen oder männlichen Pseudokameraden ihre Behauptungen begründen oder versuchen zu festigen, bleibt derartiges selbstverständlich alles haarsträubender Blödsinn, der inzwischen nicht mehr auszuhalten ist, weil er immer wieder in dummschwätzerischer Art und Weise wiederholt wird.

Gesteuert werden diese Leute von Geheimdiensten und / oder anderen bundesdeutschen Institutionen. Wer den Artikel „NSU 2.0 – Die Agenten sind unter uns“ von Andreas Sauer und Meinolf Schönborn in der Recht&Wahrheit Nr. 5/2014 und Nr. 1/2015 gelesen hat kennt die Hintergründe dieser Vorgehensweise. Wer den Artikel noch nicht kennt, kann dies u. a. auch unter <http://www.terra-kurier.de/NSU2.0.pdf> nachholen. Insgesamt ist auch festzustellen, dass eine groß angelegte Irreführungsaktion seitens der Bundesbehörden begonnen hat, durch die die bereits aufgewachten Deutschen und ihr Engagement wirkungslos gemacht werden sollen. Als aufgewacht sind die Teilnehmer der Pegida-Demos (u. ä.), aber auch Leser national orientierter Zeitschriften wie z. B. R&W und regelmäßige Teilnehmer an politischen Stammtischen anzusehen. Das dies immer mehr werden, ärgert und ängstigt das System!

Aufgrund des Artikels „NSU 2.0“ wissen wir auch, dass von bundesdeutschen Institutionen gezielt „Agenten“ in nationaldenkende Kreise geschickt werden, um dort Daten jeder Art zu sammeln, Verbindungen einzelner Gruppen zu erfinden, aber auch um gezielt Desinformationen zu streuen. Fällt dann die eine oder andere Gruppe bzw. der eine oder andere Stammtisch darauf herein und übernimmt diese falsche, dummschwätzerische Darstellung, reiben sich die Geheimdienste die Hände, weil ihnen wieder einige „Rechte“ auf den Leim gegangen sind und künftig durch die Verbreitung dieser gestreuten Falschinformation nicht mehr ernst zu nehmen sind und von jedem Geheimdienstmitarbeiter sofort als dumm und somit „harmlose Irre“ abgetan werden. Nur wenn unsinnige oder halb wahre Behauptungen aufgestellt werden, auch diese wie die BRD existiert nicht mehr oder sie sei 1990 untergegangen, haben die Behörden der Bundesrepublik Deutschland einen Grund für Gegenargumente und Strafmaßnahmen. Deshalb wird absichtlich eine Situation angestrebt, die an der tatsächlichen, rechtlichen Grundlage vorbei geht. Solche absichtlich falschen Ausführungen geben den Behörden erst Gelegenheit, von den wahren Gründen des rechtlichen Fortbestehens des Deutschen Reiches sowie von dem besatzungsrechtlichen Statut der Bundesrepublik abzulenken und die Reichsbewegung als Ganzes als „nicht fundiert“, „abstrus“ und „unseriös“ hinzustellen und der Unglaubwürdigkeit bis hin zur Lächerlichkeit auszusetzen.

Dem einzelnen Agenten, der an diese Stammtische platziert wird, ist manchmal vielleicht kein Vorwurf zu machen, da er entsprechend instruiert wurde, somit die Zusammenhänge nicht besser kennt und das nachplappert, was ihm die Geheimdienstmitarbeiter (in der DDR hieß das „sein Führungsoffizier“) vorgegeben haben.

Aber wie ist das nun mit der GmbH? Dazu ein Beispiel, das selbst doppeltehirngewaschene Agenten nachvollziehen können. Nehmen wir eine bundesdeutsche Familie und nennen die mal Familie Miller. Die Millers sind verheiratet, haben tatsächlich noch Arbeitsplätze, haben 2 Kinder, sind Mitglied in Sportvereinen, kaufen gern im Internet und machen der Dinge mehr, ganz so wie einst „Otto Normalverbraucher“. Eines Tages sagt Vater Miller zur Familie, dass ihm die vielen Zahlungen an Vereine, Internetbestellfirmen und vor allem die Steuererklärung zu viel würden und er dies zeitlich nicht mehr schafft. Frau Miller sagt daraufhin, dass Dienstleistungen, darunter auch Finanzdienstleistungen, in der modernen Welt ausgelagert (im Neusprech: outgesourced) werden. Das findet Vater Miller ganz toll und die Millers gründen eine „Miller-Finanz GmbH“, die künftig Steuererklärung und Zahlungsverkehr für die Millers abwickelt. Vater Miller ist entlastet und hat wieder mehr Zeit für andere Dinge und vor allem für die Familie.

Hat die Familie Miller durch die Gründung einer Finanz GmbH aufgehört zu existieren? Nein, im Gegenteil, die blüht ja wieder durch mehr Zeit richtig auf, wie wir hier gerade erfahren haben.

Also, liebe hoffentlich jetzt wachwerdenden Agenten, hat die Bundesrepublik Deutschland durch die Gründung einer „Bundesrepublik Deutschland Finanz GmbH“, die u. a. auch die Schuldenaufnahme regelt, aufgehört zu existieren? NEIN, natürlich nicht, denn die hat wie die Millers im Beispiel, jetzt eine ausgelagerte Firma, die den Zahlungsverkehr und andere Finanzdienste im Auftrag abwickelt!

Und damit kommen wir gleich zum nächsten Punkt – diese GmbH, eine Firma, hat selbstverständlich Personal, also angestellte Mitarbeiter. Und diese Mitarbeiter haben, wie in allen großen Firmen und Konzernen üblich, einen Dienstausweis, den man im weitesten Sinne auch als Personalausweis bezeichnen kann, ohne dass damit das bundesdeutsche Legitimationspapier, der eigentliche (Bundes-) Personalausweis gemeint ist. Nochmal zum Wachwerden für Agenten: Sind alle Bundesbürger tatsächlich zum Personal einer GmbH geworden, weil eine Finanz GmbH parallel gegründet wurde? NEIN, natürlich nicht, denn wie im Beispiel sind auch alle Millers eine Familie mit Einzelpersonen geblieben. Für die ganz Dummen unter den Agenten noch einmal: die Erklärung jedes guten Lexikons wäre: Der Personalausweis ist ein international von jeweils staatlichen Stellen ausgegebener Identitätsnachweis als Personaldokument /Personendokument in Form eines amtlichen Lichtbildausweises.

Kürzlich hörte ich als Begründung für eine „GmbH-Argumentation“ noch, dass der SPD-Vorsitzende Sigmar Gabriel sich verplappert habe und die BRD-GmbH doch bestätigt habe. „Ich sage euch, wir haben gar keine Bundesregierung, wir haben – Frau Merkel ist Geschäftsführerin einer neuen Nicht-Regierungs-Organisation in Deutschland!“ Ja, das hat er gesagt, am 27.02.2010 auf dem Parteitag der SPD in Dortmund. Er hat es gesagt, aber er hat sich keineswegs verplappert. Es war damals seine Marionettenrolle dies zu sagen, damit Agenten eben genau dies zitieren, um weiterhin ungestraft Unsinn zu verbreiten. Hätte Gabriel sich seinerzeit tatsächlich „verplappert“ wäre er am 17. Dezember 2013 niemals zum stellvertretenden Bundeskanzler sowie zum Bundesminister für Wirtschaft und Energie im (Grusel-) Kabinett von Frau Merkel geworden. Und was eine Nicht-Regierungs-Organisation in Deutschland überhaupt sein soll und wer dann die Regierung bildet, hat der rote Sigmar auch nicht „ausgeplappert“. Also ...?!

Gerne eingeworfen wird durch die hier enttarnten, dummschwätzenden Agenten auch das Thema fehlende Verfassung. Aber auch hierbei, wie nicht anders zu erwarten, mit völlig unsinniger Argumentation. Als Grundlage für eine neue zu verhandelnde Verfassung wird oftmals die der Reichsgründung von 1871 genannt und ein 2. Reich wird in die Diskussion

geworfen – dies ist völliger Unsinn, der unsere Kreise abermals nur lächerlich machen soll, wenn wir dies dann aufgreifen und propagieren würden. Die einzige echte Grundlage für eine Verfassung stellt, wenn überhaupt, die vom 31. Juli 1919 mit allen danach erfolgten Ergänzungen dar. Denn diese wurde im Reichstag seinerzeit für das Reich beschlossen und verkündet. Dieses Reich ist niemals untergegangen (s. auch Bundesverfassungsgericht / 2 BvF 1/73) und somit besteht auch seine Verfassung fort. Ein 2. oder 3. Reich gibt es ohnehin nicht, rein rechtlich gibt es nur ein Deutsches Reich, das seit 8. bzw. 23. Mai 1945 mangels Organisation handlungsunfähig ist.

Das Streben nach einer Verfassung ist an sich richtig, aber es müssen erst die rechtlichen Voraussetzungen für die Verabschiedung einer wirksamen Verfassung geschaffen werden. Dies wiederum hängt an der Diskussion um einen fehlenden Friedensvertrag. Zur Aufklärung der Unwissenden ist es zwar wichtig und richtig, die Forderung nach einem solchen Vertrag ist aber derzeit verfehlt. Aufgrund der derzeitigen Umstände wäre ein Friedensvertrag eine Farce. Wo sollten wir diesen einfordern? Wer mit wem – schließt überhaupt Frieden? Frieden schließen kann nur das Reich und das ist wie schon festgestellt nicht untergegangen aber handlungsunfähig gemacht worden. So müssen erst die rechtlichen Voraussetzungen wieder geschaffen werden, um einen wirksamen Friedensvertrag und dann eine Verfassung zu erreichen. Allerdings ist es wie schon gesagt durchaus dringend notwendig das Volk immer wieder auf das Fehlen eines Friedensvertrages hinzuweisen und die Hintergründe warum dies so ist aufzuzeigen.

Doch die eigentliche Frage wird von den meisten, die dieses Thema diskutieren völlig ausgeblendet oder gar absichtlich nicht gestellt: Braucht eine Volksgemeinschaft, eine **Wohlfühlvolksgemeinschaft**, überhaupt **eine Verfassung** nach dem Muster „demokratischer“, US-kontrollierter Staaten?

Was wurde denn aus der „Weimarer Verfassung“ nach 1933 und nach 1945? – Fragt man dazu ein Lexikon wird es schon recht schwammig: *„Offiziell wurde die Weimarer Reichsverfassung nie abgeschafft, aber durch die nationalsozialistische Gesetzgebung und Verfassungswirklichkeit ausgehöhlt. Nach dem Zweiten Weltkrieg entstand das Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland, das mit Ablauf des 23. Mai 1949 in Kraft trat. Aus der Weimarer Verfassung von 1919 wurden Teile in das Grundgesetz übernommen“.*

Was heißt denn „offiziell nie abgeschafft aber ausgehöhlt“? - Nehmen wir die US-diktierten, geschichtsfälschenden Formulierungen einmal heraus und gehen davon aus, dass mit ausgehöhlt eigentlich angepasst und korrigiert gemeint ist, dann macht es plötzlich viel mehr Sinn. In etwa so:

Die Verfassung des Deutschen Reiches vom 11. August 1919 ist als Gesamtwerk durch die nationalsozialistische Revolution überflüssig geworden. Nur einzelne Bestimmungen, die mit dem Neuaufbau und der politischen Ordnung vereinbar sind, gelten fort!

Und genau diese Formulierung findet sich auch im Deutschen Sach- und Sprachwörterbuch für Schule und Haus „Der Volks-Brockhaus“ von 1939, das der Redaktion des TK vorliegt. Weiter ist da zu lesen, dass seit 1933 eine neue Verfassung entwickelt wurde, die in einer Reihe grundlegender Verfassungsgesetze ausgeprägt ist und durch eine neue Verfassungsurkunde abgeschlossen werden wird. Dem Deutschen Volk wurde dies in einer Grundsatzrede durch Adolf Hitler am 30. Januar 1937 kundgegeben. Kennzeichen dieser Verfassung sollte selbstverständlich der völkische Gedanke mit allen erforderlichen volksführenden und staatsbestimmenden Organisationen sein. Auch die Reichseinheit, in der die Länder keine „Eigenstaatlichkeit“ mehr besitzen, wurde festgelegt. Bestandteil waren somit das Gesetz zur Behebung der Not von Volk und Reich (Ermächtigungsgesetz) vom 24.3.1933, die Gesetze zur Gleichschaltung der Länder mit dem Reich vom 31.3. u. 7.4.1933, das Gesetz über Volkabstimmungen vom 14.7.1933, das Gesetz gegen die Neubildung von Parteien vom 14.7.1933, das Gesetz zur Sicherung der Einheit von Partei und Staat vom 1.12.1933, das Gesetz über den Neuaufbau des Reiches vom 30.1.1934, das Gesetz über das Staatsoberhaupt vom 1.8.1934, das Reichsstatthaltergesetz vom 30.1.1935, die Deutsche Gemeindeordnung vom 30.1.1935, das Gesetz für den Aufbau der Wehrmacht vom 16.3.1935, das Gesetz über die Wiedervereinigung Österreichs mit dem Deutschen Reich vom 13.3.1938 und das Gesetz über die Wiedervereinigung der Sudetendeutschen Gebiete mit dem Deutschen Reich vom 21.11.1938. Weiterhin waren die Standorte und die Geschäftsbereiche der einzelnen Ministerien und die Namen der verantwortlichen Minister gelistet.

Zusammenfassend war alles enthalten, was den „Wohlfühl-Ablauf“ in einer Volksgemeinschaft garantiert. Braucht man da eine andere Regel, eine neue Verfassung nach US-demokratischen Muster? Weitere Ausführungen zu diesem einzig richtigen Aspekt findet man auch unter: <http://www.terra-kurier.de/Volksgemeinschaft.htm>

Vor diesem Hintergrund erübrigt sich dann auch die Frage zu den festzulegenden Reichsgrenzen, über die im Zusammenhang mit dem Geltungsbereich einer neuen Verfassung einige Halbwissende ebenfalls mit den Alliierten verhandeln wollen. Es würden dann die Reichsgrenzen von 1937 gelten, da dazu entsprechende Bestimmungen der Alliierten noch immer Geltung haben und Deutschland nach Kriegsende von den Alliierten eben in diesen Grenzen „wiederhergestellt“ wurde, bevor es in West-, Mittel- und Ostdeutschland unterteilt wurde, so die Agentenstimmen.

Argumentiert wird dann auch, dass bisher nur West- und Mitteldeutschland vereint wurden. Ostdeutschland steht noch immer unter polnischer Verwaltung. Durch den Hitler-Stalin-Vertrag vom August 1939, hatte die Sowjetunion die Grenzen des Groß-Deutschen Reiches inklusive Österreichs, Sudetenland und Neu-Schwabenland zwar anerkannt, aber aufgrund der Nachkriegsbesetzung Deutschlands auch durch die UDSSR ist dies inzwischen nicht mehr relevant.

Das ist soweit FAST richtig. Man darf aber nur nicht übersehen, dass das derzeitige, durch Hochfinanzkreise diktierte Regime niemals Verhandlungen zu Friedensvertrag und Wiederherstellung des Reiches beginnen wird und schon deshalb die Anerkennung der willkürlichen, alliierten Reichsgrenzen nicht zielführend ist.

Zielführend ist einzig und allein das wir selbst, wir das Deutsche Volk, in souveräner Selbstbestimmung die Grenzen des Reiches festlegen. Dies wird an dem Tag möglich, an dem das bereits kippende System endgültig am Boden liegt und das Reich wie von selbst, wie ein „Phönix aus der Asche“, neu entsteht. Dieser Tag X ist näher als es einige in unseren Kreisen für möglich halten. Doch davon wollen auch unsere hier beschriebenen Agenten nichts wissen und hören; sie wollen ja nur für Desinformation und Verdummung sorgen.

Die Dummschwätzeri der Systemagenten in Bezug auf „juristische Person“ oder gar „staatenlos“, muss ja wohl aufgrund der bereits dargestellten, wahren Hintergründe hier nicht mehr separat berichtet werden. Eben solches gilt für „Personenstandserklärungen“ die, folgt man den Einredungen der Agenten, von jedem abzugeben seien, um eine natürliche Person zu werden. Schwachsinn der durchaus dazu führen kann (und wahrscheinlich auch soll), dass man unter Betreuung gestellt wird und in eine geschlossene Irrenanstalt eingewiesen wird. Jeder Mensch, weltweit, ist von Geburt an eine natürliche Person – was auch sonst. Eine Erklärung dazu ist überflüssig!

Ergänzend zum bisher dargelegten wird hier auch auf die entsprechenden Artikel unter

<http://www.terra-kurier.de/Souveraenitaet.htm>

<http://www.terra-kurier.de/Deutschland.htm>

<http://www.terra-kurier.de/Friedensvertrag.htm> und

<http://www.terra-kurier.de/F-Wort.htm> verwiesen, die auch das ausführlich behandeln.

Eine gern verwendete Behauptung der hier zu entlarvenden Schwätzer ist auch, dass Adolf Hitler das deutsche Volk verraten habe und im Auftrag des Judentums regierte. Wenn dem so wäre, würden die heutigen Politversager im Auftrag der Hochfinanz nicht nahezu tagtäglich seine Politik verteufeln und ihn 70 Jahre nach Kapitulation der Wehrmacht noch immer verbal

bekämpfen. Wenn dem so wäre, würden die Regierungen in der Bundesrepublik Deutschland und auch in Österreich nicht grundsätzlich das Gegenteil von dem machen, was er getan hat. Wenn dem so wäre, hätten diese Bundesregierungen niemals die Zinswirtschaft wiederbelebt, sondern wären bei einer durch Arbeitskraft des Volkes gedeckten Währung geblieben.

Stellt jemand das Aussehen einer künftigen Reichsflagge in eine Diskussionsrunde und hat dazu selbst ganz konkrete Vorstellungen, soll aller Wahrscheinlichkeit nach versucht werden, die Stammtischgruppe bzw. die Teilnehmer eines Lesertreffens dazu zu bewegen, sich positiv zur Reichskriegsflagge in der Version von 1935–1945 zu äußern. Die Verbreitung und Verwendung von Flaggen, Symbolen und Parolen aus dieser Zeit gilt im bundesdeutschen Strafrecht als Verwendung von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen und ist nach §86a StGB strafbar und wird oftmals zusätzlich nach §130StGB als Volksverhetzung geahndet.

Häufig sieht man seit einiger Zeit bei Demonstrationen (Pegida u.ä.) auch die Flagge, die seinerzeit Stauffenberg und seine Kumpanen für das Reich hissen wollten. Rotes Tuch mit gelb-schwarzem Kreuz (ähnlich der schwedischen Flagge: blau mit gelben Kreuz). Auch die Diskussion um diese Flagge ist sofort abzubrechen, da diese aus hier nicht näher erklärten Gründen ja wohl nicht in Frage kommt.

Wie auch immer ein künftiges Reich aussehen kann, kann die Flaggenfrage erst nach Neugründung / Neuorganisation eben dieses Reiches gestellt und beantwortet werden, da die Gestaltung einer Flagge auch von den Umständen bei Neugründung und vor allem vom Willen des gesamten Volkes abhängen muss.

Der Ausruf „Der Agent wurde enttarnt!“ gilt auch immer dann, wenn jemand anfängt davon zu erzählen, mit welchen Worten und Taten er beispielsweise vor Gericht oder gegenüber der Polizei auftritt. Beispielsweise, dass er / sie die Polizei trotz Durchsuchungsbeschluss nicht in seine / ihre Wohnung ließe, weil er / sie den Beamten vorwerfe keine zu sein, oder mit den Staatsbeauftragten über den Status der Bundesrepublik Deutschland diskutiert und damit deren Abzug erreicht habe. All diese mythischen Erzählungen haben wenn überhaupt nur einen sehr geringen Wahrheitsgehalt und führen nur dazu, dass das System deutlicher, gründlicher und härter gegen jemanden vorgehen wird, der auf diese Art und Weise versucht dem System zu entkommen. Solange die Bundesrepublik Deutschland existiert, gelten auch die bundesrepublikanischen Gesetze ohne Ausnahme. Ob uns das gefällt oder nicht, ist dabei für das System nicht relevant.

Gleiches gilt auch, wenn jemand erklärt, ein Angehöriger des Deutschen Reiches zu sein und deshalb den Bundespersonalausweis verbrannt hat und nun einen Reichsausweis der kommissarischen Reichsregierung bei sich trägt. Das mag sich für einen nicht informierten Zuhörer zunächst einmal recht „mutig“ anhören, so nach dem Motto „Toll endlich mal jemand der was macht und sich traut“. Nun gut, ja, der macht etwas. Aber genau das falsche und somit bleibt sein Tun doch machtlos und er bringt die Bewegung als Ganzes abermals in Misskredit und gibt unsere gerechte Sache der Lächerlichkeit preis. Da es in diesem unserem Lande, mehrere solcher selbsternannten Reichsregierungen gibt, werden derartige Ausweise, Pässe und gar Führerscheine von all diesen „Vereinen“ herausgegeben. Und keiner davon ist tatsächlich legitim – **nur unsinniges Spielzeug**, was abermals dazu führen kann / soll, in die Klapsmühle zu kommen. Ähnliche Ausweise stellen sich Grundschulkindern aus, wenn sie beispielsweise einen Detektivclub gründen. - Aber erwachsene Menschen, die das Deutsche Reich beweisen wollen? Somit ist klar, dass derartige „Spieldokumente“ im bundesdeutschen Leben nicht anerkannt werden und regelmäßig nur für Ärger mit den Behörden sorgen. Nur wird das von den „Pseudo-Reichsvertretern“ nicht erzählt, sie wollen ja als Held dastehen und sind in Wahrheit nicht einen Deut besser, als die zuvor schon beschriebenen Agenten, die für Fehl- und Desinformationen sorgen. Auch wenn diese „Möchtegernhelden“ sich damit rühmen vor dem Gericht X in der Stadt Y einen Freispruch erzielt zu haben, ist dies in Wahrheit bei genauer Betrachtung nur eine Einstellung des Verfahrens wegen Geringfügigkeit gewesen, bei dem die „Spielzeugdokumente“ eingezogen wurden. Auch jeder andere Mensch mit gesundem Menschenverstand würde als Richter kein Verfahren eröffnen. Wozu, um dem noch eine Bühne zu geben und Zeit zu vergeuden?

Zusammenfassend bleibt festzuhalten, dass diese, von Geheimdiensten bewusst in unsere Kreise platzierten Verräter, entweder nur unwissend sind und deshalb aus Dummheit handeln, oder sie sind wider besseres Wissen bereit, die Deutsche Sache zu verraten und erhalten dafür hohe Entlohnungen. Teilweise sollen sogar monatlich recht hohe Beträge gezahlt werden, damit recht viele Informationen an die Geheimdienste fließen.

So erkennt man diese gewissenlosen Verräter nicht nur an ihren hier dargelegten Diskussionsbeiträgen, sondern zum Teil auch an dem großzügigen Umgang mit Geldspenden. Niemand, erst Recht nicht in deutschbewussten Kreisen, hat heute übermäßig viel Geld zur Verfügung. Kapitalisten sind nun einmal schon gesinnungsbedingt nicht die Mitglieder von Volksgemeinschaften! In Zeiten von Niedriglöhnen müssen in Familien oftmals beide Elternteile arbeiten, um überhaupt das Notwendigste anzuschaffen. Andere belegen zwei und drei „Minibeschräftigungen“ um den Lebensunterhalt zu bestreiten. Handwerker sind oft unterbezahlt. Rentner

und Pensionäre erhielten schon seit Jahren keine echten Rentenerhöhungen mehr. Somit fließt kaum Geld in sogenannte „Rechte Medien“. Wird dennoch mal ein größerer Betrag überreicht, ist unbedingt Vorsicht geboten – Die Agenten sind dann vielleicht schon wieder unter uns!

Aber die Germanischen Völker hatten mit dieser Art von Verrätern schon immer zu tun. Auch die Edda berichtet ja von einer solchen, zwielichtigen Gestalt. Loki! Loki ist eine der undurchsichtigsten Gestalten der nordischen Göttersage. Einerseits hilft er den Göttern, andererseits betrügt er sie. Ganz so wie heute aktuell unsere an den politischen Stammtischen platzierten Agenten.

Vor diesem hier dargestellten Hintergrund ist vor allen Irreführungen dringend zu warnen, denn damit sollen nur die Interessen der Gegner des Deutschen Volkes und aller anderen Nationen erfüllt werden, damit die Globalisierung, also die Gleichschaltung aller Völker und Kulturen zu einem dummen eurasisch-afroamerikanischem Sklavenvolk, vollendet werden kann.

Die Gegner des Deutschen Reiches haben Recht und Wahrheit nicht auf ihrer Seite und sind nur aufgrund fehlender Argumente auf Irreführung bis hin zur Gewalt als Mittel angewiesen. Die Bewegung zur Befreiung Deutschlands lässt sich nicht aufhalten. Nicht durch die immer offener werdenden Lügen des Systems und erst recht nicht durch Hunderte von Verräter-Agenten in politischen Diskussionsrunden. Agenten haben ausgespielt: An den Worten und ihren Taten werden wir sie immer erkennen.

[JKS – Terra-Kurier / 29.12.2014 / 27.01.2015 / 29.03.2015 / 22.08.2016](#)

Nachtrag zur Richtigstellung der Frage: Ist Deutschland / die BRD eine GmbH?

(aus Quelle: <https://anwaltauskunft.de/magazin/gesellschaft/staat-behoerden/989/ist-deutschland-eine-gmbh/>)

**Ist Deutschland in Wahrheit nur eine Firma und sind die Bundesbürger bloß Angestellte?
In den sozialen Medien wird diese Theorie immer häufiger vertreten.
Die Deutsche Anwaltsauskunft hat die Legende von der Deutschland GmbH einem Faktencheck unterzogen.**

In erstaunlich vielen Leserzuschriften oder in Kommentaren auf der Deutschen Anwaltsauskunft und in den sozialen Medien geht es um den rechtlichen Status der Bundesrepublik Deutschland. In der Regel wird dabei

die Meinung vertreten, Deutschland sei entweder gar kein Staat oder nur eingeschränkt bis überhaupt nicht souverän – wahlweise auch mit der Konsequenz, dass das Deutsche Reich nicht untergegangen sei sondern noch immer fortbestehe.

Die Argumente für diese Behauptung sind dabei ganz unterschiedlich, besonders häufig lesen wir allerdings von der „Deutschland GmbH“. Die These hier: Deutschland sei nicht etwa ein Staatsgebilde, sondern schlicht eine Gesellschaft mit beschränkter Haftung. Seine Einwohner seien keine Staatsbürger, sondern einfache Angestellte. Als Gründer der GmbH nennen interessierte Kreise beispielsweise die Vereinigten Staaten, die mit dieser Institution das deutsche Volk seiner Souveränität berauben und es ausbeuten wollten.

Wir sind dieser abenteuerlichen Theorie auf den Grund gegangen.

Macht uns der Personalausweis zu Personal?

An vermeintlichen Belegen für Existenz der geheimnisvollen GmbH mangelt es nicht. Vor allem zwei „Indizien“ werden angeführt:

Zum einen der deutsche Personalausweis, an dessen Namen ja schon zu erkennen sei, dass es sich bei Deutschlands Bürgern um „Personal“ handelt.

Zum anderen der Handelsregistereintrag einer „Deutschland GmbH“ beim Amtsgericht Frankfurt am Main, die im Jahr 1990 gegründet worden sei. Die Sache mit dem Personalausweis lässt sich relativ schnell erklären: Hier handelt es sich einfach um eine Wortverdreherei. Denn das „Personal“ leitet sich hier nicht aus dem mittellateinischen „Personale“ ab, das laut Duden „Dienerschaft“ bedeutet, sondern aus dem spätlateinischen „Personalia“, das mit „persönliche Dinge“ zu übersetzen ist.

Den Ausdruck „die Personalien aufnehmen“ kennt man ja auch im Deutschen. Der Personalausweis zeichnet seinen Träger also nicht als Angehörigen des Personals aus, sondern enthält dessen persönliche Daten.

Die geheimnisvolle Firma in Frankfurt

Bei der in Frankfurt registrierten „Deutschland GmbH“ wird es kniffliger – denn die gibt es tatsächlich. Und in ihrem Eintrag im Handelsregister findet sich wirklich das Datum 29.08.1990. Stimmt es also, dass unsere Geschicke von einer dubiosen Firma mit einem eingetragenen Stammkapital von 50.000 D-Mark gelenkt werden?

Die eindeutige Antwort lautet: Nein. Dazu genügt schon der Blick auf den vollständigen Namen des Unternehmens im Handelsregister:

„Bundesrepublik Deutschland Finanzagentur GmbH“. Es handelt sich dabei um ein Unternehmen, das vollständig im Besitz des Bundes ist und sich kurz gesagt darum kümmert, dass Deutschland flüssig bleibt.

Bekanntermaßen hat die Bundesrepublik nicht unerhebliche Schulden und muss permanent dafür sorgen, dass alte Kredite abgelöst, neue

aufgenommen und überschüssiges Geld am Markt möglichst gewinnbringend angelegt werden. Genau dafür ist die vermeintliche „Deutschland GmbH“ zuständig.

Anders als gelegentlich behauptet wird, entscheidet die Agentur aber keinesfalls selbstständig über die deutsche Staatsverschuldung und kontrolliert auch keine Finanzämter oder sonstige Behörden. Sie ist lediglich ein ausführender Dienstleister des Bundesfinanzministeriums mit einer klar definierten und beschränkten Aufgabe. Mit der sonstigen Organisation des Staatswesens und der Steuererhebung hat dieses Unternehmen rein gar nichts zu tun.

Dass es sich bei der Agentur um eine GmbH handelt, hat rein praktische Gründe. Theoretisch könnte auch eine ganz normale Behörde die Aufgaben der Finanzagentur übernehmen. Dass die privatwirtschaftliche Form gewählt wurde liegt einfach daran, dass dies am Finanzmarkt so üblich ist und diese Form schlicht günstiger ist als ein Amt mit riesigem Beamtenapparat.

Es gibt mehr als eine Deutschland GmbH

Die Finanzagentur ist bei weitem nicht die einzige GmbH, die vollständig im Besitz des Bundes ist. Auch die Deutsche Flugsicherung oder die Bundesdruckerei sind reine Staats-GmbHs. Auch Städte und Gemeinden lassen ihre wirtschaftlichen Tätigkeiten – auch solche der Daseinsvorsorge – von gemeindeeigenen GmbHs durchführen.

Die Verdächtigungen gegenüber der Finanzagentur haben wohl vor allem mit dem Begriff „Bundesrepublik Deutschland“ als Namensbestandteil zu tun. Der erklärt sich aber einfach dadurch, dass der Name genau wie „Deutsche Flugsicherung“ ganz platt den Geschäftszweck des Unternehmens ausdrückt: Es ist die Finanzagentur, die als einzigen Kunden und Besitzer die Bundesrepublik Deutschland hat.

Rein logisch sollt dadurch auch klar sein, dass die Gleichung „Bundesrepublik Deutschland GmbH“ = „Deutschland insgesamt“ nicht funktioniert, denn sonst würde Deutschland sich gewissermaßen selbst besitzen.

Das falsche Gründungsdatum

Auch das so verdächtige Gründungsdatum der „Deutschland GmbH“ kurz vor der Wiedervereinigung lässt sich aufklären. Im Internet, beispielsweise auch bei Wikipedia, wird häufig der 29. August 1990 als Gründungsdatum genannt.

Als Quelle dafür dient ein einziges Zitat aus dem Handelsregistereintrag in Frankfurt, der einen Gesellschaftsvertrag mit diesem Datum anführt. Was fast niemand erwähnt: Der 29.8.90 ist gar nicht das Gründungsdatum der Bundesrepublik Deutschland Finanzagentur GmbH. Diese wurde gut zehn

Jahre später im Jahr 2000 ins Leben gerufen und bündelte Funktionen, die vorher unterschiedliche andere Stellen übernommen hatten.

Die Gründung der GmbH und die Wiedervereinigung stehen damit in keinem zeitlichen Zusammenhang. Der Gesellschaftsvertrag aus dem Jahr 1990 ist deshalb im Handelsregister vermerkt, weil die Finanzagentur nicht als neues Unternehmen entstand, sondern der Bund lediglich ein „altes“ Unternehmen umbenannte, das er sowieso schon besaß.

Dabei handelte es sich um die „CVU Systemhaus GmbH“, die vorher für die Abwicklung eines DDR-Unternehmens zuständig und danach gewissermaßen überflüssig gewesen war. Vereinfacht gesagt recycelte der Bund ein Unternehmen, um es dann für eine völlig neue Aufgabe zu nutzen. Vor dem Jahr 2000 gab es aber definitiv keine „Bundesrepublik“ im Firmennamen.

Festzuhalten bleibt: Was immer man von Deutschland und seinen Finanzen halten mag, eine GmbH ist die Bundesrepublik nach nüchterner juristischer Betrachtung ganz sicher nicht.

(Ende aus Quelle Anwaltsauskunft)

Weitere Ausführungen dazu auch unter: <http://terra-kurier.de/GmbH.htm>
und ergänzend die Abhandlung von Sylvia Stolz „Warnung vor Irreführung“ <http://www.terra-kurier.de/WarnungvorIrrefuehrung.pdf>

Terra-Kurier - JKS / 16.04.2016 / 22.08.2016

Aufrecht und treu fürs Vaterland

Wer für Recht und Wahrheit kämpft und niemals lügt,
den Freund und Kameraden nicht betrügt,
wer keinem Lump die Stiefel putzt
und nicht das eigene Netz beschmutzt,
wer, gleich wie auch der Würfel fällt,
dem Deutschen Vaterland die Treue hält,
tut auch im neuen Jahre (oder auch: dies von der Wiege bis zur Bahre)
(tut) das einzig ehrenhafte Wahre.

© JKS 2015